

Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung

Eine Voraussetzung für den Bestand repräsentativer Demokratien ist, dass die Bürger den politischen Institutionen ein gewisses Maß an Vertrauen entgegenbringen. Nach Easton (1965) ist das Konzept des politischen Vertrauens in dem Konzept der politischen Unterstützung zu verorten. 30 Jahre später kommt mit Putnam (1993) ein zweiter theoretischer Strang auf, der politisches Vertrauen als zentralen Bestandteil von Sozialkapital betrachtet. Das Ziel des Beitrags besteht darin, zu klären, welche Rolle das Institutionenvertrauen im Zusammenhang mit dem Unterstützungskonzept Eastons einerseits sowie dem Sozialkapitalansatz Putnams andererseits spielt. Die Analysen, die für die Länder Deutschland, Schweiz, Norwegen, Schweden, Spanien und die USA durchgeführt werden, basieren auf Daten der dritten Welle des World Values Surveys (1995–97). Als Untersuchungsergebnis lässt sich festhalten, dass eine generalisierte Dimension des Institutionenvertrauens in der Bevölkerung besteht, die die Verortung in Eastons Konzept politischer Unterstützung rechtfertigt. Bei einer Differenzierung des Vertrauens der Bürger zu Institutionen des Rechtsstaats (Polizei, Justiz) und des Parteienstaats (Parlament, Parteien, Regierung) zeigt sich jedoch, dass Putnams Sozialkapitalkonzept ebenso einen relevanten Erklärungsbeitrag leistet.

1. Problemkontext und Fragestellungen

Auch sozialwissenschaftliche Konzepte unterliegen konjunkturellen Schwankungen. Nach der Veröffentlichung des bahnbrechenden Werkes von David Easton über „A Systems Analysis of Political Life“ im Jahr 1965 rückte das Konzept des politischen Vertrauens in den Hintergrund der sozialwissenschaftlichen Diskussion. An seine Stelle trat das Konzept der politischen Unterstützung (Luhmann 2000, 70), das in der Theorie von Easton eine zentrale Rolle spielt. In den 1970er und 1980er Jahren gab es zwar eine Reihe wichtiger empirischer Studien über Vertrauen in die Regierung und in politische und gesellschaftliche Institutionen, diese argumentieren aber entweder im Kontext des Konzeptes der politischen Unterstützung (wie Citrin 1974; Miller 1974a, 1974b; zu einer Zusammenfassung der Diskussion siehe Abramson 1983) oder verzichten weitgehend auf einen expliziten theoretischen Bezug (z.B. Lipset/Schneider 1983; Robinson 1976; Miller 1983).

Das Konzept politischer Unterstützung und die von ihm inspirierten Fragestellungen dominierten fast 30 Jahre lang die Forschung über die grundlegenden Einstellungen der BürgerInnen zum politischen System. Das hatte mehrere Gründe: Erstens ist das Konzept gut ausgearbeitet, zweitens hat es im Rahmen der Theorie von Easton einen eindeutigen und überzeugenden konzeptuellen Status und drittens ist es operationalisierbar.

Die Situation änderte sich Anfang der neunziger Jahre, und der Anlass war wiederum eine Publikation. Es handelte sich dabei um „Making Democracy Work“ von Robert D. Putnam, das 1993 veröffentlicht wurde und eine enorme Resonanz erzeugte. Die zentrale Kategorie von Putnam ist das soziale Kapital und „trust is an essential component of social capital“ (Putnam 1993, 170). Die Bedeutsamkeit von „trust“ liegt in seiner Kapazität, Kooperation zu erzeugen oder zumindest zu fördern: „trust lubricates cooperation. The greater the level of trust within a community, the greater the

likelihood of cooperation. And cooperation itself breeds trust“ (Putnam 1993, 171). Die durch „trust“ geförderte Kooperation der BürgerInnen in der „civil society“ oder „civic community“ ist nach der Studie von Putnam (1993) der maßgebliche Faktor für die „institutional performance“ demokratischer Regime. In mehreren Folgestudien erweiterte Putnam den Erklärungsanspruch des Sozialkapitalkonzeptes, legte empirische Daten aus weiteren Staaten vor und fügte den Analysen eine längsschnittliche Perspektive hinzu (Putnam 1995a; Putnam 1995b; Putnam 2000; Putnam 2001). In allen diesen Untersuchungen nahm das Vertrauenskonzept eine prominente Rolle ein und wurde in einen neuen und eigenständigen Kontext gerückt.

Die außerordentliche Resonanz von Putnams Studie ist nicht zuletzt auf eine Veränderung des intellektuellen Klimas zurückzuführen, die Anfang der achtziger Jahre in den Vereinigten Staaten einsetzte. Eine Reihe von AutorInnen (u. a. Sandel 1982; MacIntyre 1985; Taylor 1985), die gemeinhin als Kommunitaristen bezeichnet werden, kritisierten den grenzenlosen Individualismus der Theorie und Praxis der liberalen Demokratie, der nach ihnen die moralischen Grundlagen aufzehrt, auf denen auch die liberale Demokratie beruht und somit langfristig zu einer Krise führen muss. Gegen diesen Individualismus klagen die Kommunitaristen eine Restitution staatsbürgerlicher Tugenden wie des aktiven Engagements in öffentlichen Angelegenheiten und der Bereitschaft zur Kooperation mit anderen BürgerInnen ein. Einerseits konnten sich die Kommunitaristen – und die den Kommunitaristen nahestehenden PolitikerInnen und JournalistInnen – mit ihren theoretischen Auffassungen durch die empirischen Befunde von Putnams Studie bestätigt fühlen. Andererseits erzeugte die kommunitaristische Kritik an der liberalen Demokratie auch den Resonanzboden für den Erfolg der Thesen Putnams.

Vor allem diese Konstellation hat dazu geführt, dass seit dem Erscheinen von „Making Democracy Work“ das Konzept des politischen Vertrauens eine Renaissance erlebt und das der politischen Unterstützung in den Hintergrund gedrängt hat. Inwieweit das konzeptuell und

empirisch gerechtfertigt ist, ist eine andere Frage – und diesbezüglich können einige Zweifel angemeldet werden. Vertrauen im Kontext der Theorie des sozialen Kapitals ist zunächst einmal soziales oder interpersonales Vertrauen (Coleman 1990; Putnam 1993; Luhmann 2000). Zu einem mit politischer Unterstützung konkurrierenden Konzept wird es aber erst als politisches Vertrauen und hier vor allem als Vertrauen in Institutionen. Diese Ausdehnung der Vertrauenskategorie auf politische Objekte ist konzeptuell aber nicht umstandslos durchzuführen. In seiner „Conclusion“ des von ihm selbst herausgegebenen Sammelbandes mit einer Reihe von Analysen zu „Democracy & Trust“ zieht Mark E. Warren (1999b, 348) unter anderem das folgende Resümee:

Behind the question what it might mean to trust government is the even more generic question of what it means, if anything, to trust an institution. The answer is not obvious, not least because – as the authors of this volume agree – the *core* trust relation is interpersonal. Whatever it means to trust an institution is somehow scaled up from the domain of socially thick, face-to-face relations.

In diesem Zitat klingt eine beträchtliche Skepsis an, dem Vertrauen in Institutionen eine theoretisch sinnvolle Bedeutung geben zu können. Und diejenigen AutorInnen, die das versuchen, greifen dabei auf Vorstellungen zurück, die sich denjenigen, die bereits im Rahmen der Theorie politischer Unterstützung formuliert wurden, stark annähern.

In unserem Beitrag versuchen wir die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von politischem Vertrauen – vor allem des Vertrauens in politische Institutionen – im Kontext des Konzeptes des Sozialkapitals einerseits und des Konzeptes politischer Unterstützung andererseits zu klären. Das soll auf einer theoretischen und einer empirischen Ebene geschehen. Auf der theoretischen Ebene wird gefragt, inwieweit der Gehalt des politischen Vertrauens in beiden theoretischen Kontexten mehr oder weniger deckungsgleich ist oder ob sich in beiden jeweils eigenständige Bedeutungselemente identifizieren lassen, die wechselseitig nur begrenzt substituierbar sind.

Die zweite Ebene ist eine empirische: Auf der Grundlage einer Reihe von Indikatoren der Unterstützung des politischen Systems und des Vertrauens in politische Institutionen soll festgestellt werden, welche Muster diese Einstellungen aufweisen. Die wichtigste Fragestellung besteht darin, wie sich die Indikatoren des Vertrauens in politische Institutionen in diese Muster einfügen und welche Folgerungen sich hinsichtlich des theoretischen Status' des Vertrauens in politische Institutionen daraus ableiten lassen. Eine weitere Fragestellung des empirischen Teils der Analyse bezieht sich auf die Beziehung des Vertrauens in politische Institutionen und des sozialen oder interpersonalen Vertrauens. Diese Beziehung gibt empirische Aufschlüsse über die Rolle des Vertrauens in politische Institutionen innerhalb des Sozialkapitalkonzeptes. Durch die skizzierte theoretische und empirische Analyse des Institutionenvertrauens sollen Anhaltspunkte darüber gewonnen werden, ob dieses Konzept angemessener in der Theorie politischer Unterstützung oder im Sozialkapitalansatz verortet werden kann.

2. Konzeptuelle Diskussion

2.1 Soziales Vertrauen und Vertrauen in politische Institutionen

Nach der im Einleitungsabschnitt zitierten Auffassung von Warren (1999b) ist die Basis jeglichen Vertrauens und somit auch des Vertrauens in politische Institutionen das soziale Vertrauen. Dieser Auffassung stimmen auch die meisten anderen AutorInnen zu. Wir wenden uns deshalb zunächst der Bedeutung des sozialen Vertrauens zu. In der Charakterisierung von Barbara Misztal (1996, 24) werden einige der wichtigsten Elemente festgehalten, die auch in anderen theoretischen Studien herausgearbeitet werden (Hardin 1999; Offe 1999; Warren 1999a, 1999b; Luhmann 2000):

... Trust means to hold some expectations about future or contingent or to have some believe as to how another person will perform on some future occasion. To trust is to believe that the results of somebody's intended actions will be appropriate from our point of

view. ... Trust can be said to be based in the belief that the person, who has a degree of freedom to disappoint our expectations, will meet an obligation under all circumstances over which they have control.

Nach dieser Bestimmung ist Vertrauen eine in die Zukunft gerichtete Erwartung eines Individuums, derzufolge andere Individuen so handeln, die Ergebnisse dieses Handelns diesem nützen oder zumindest nicht schaden. Was als Nutzen oder Schaden interpretiert wird, hängt von den Präferenzen des Individuums ab. „Das Problem des Vertrauens ist das Problem der risikanten Vorleistung“ (Luhmann 2000, 28). Das Individuum kann sich angesichts der Freiheitsspielräume der relevanten anderen Akteure nicht sicher sein, wie diese handeln werden und muss sich dennoch gegenwärtig engagieren. Vertrauen wird immer vor dem Hintergrund der kritischen Alternative gewährt, dass sich die eigenen Erwartungen als falsch erweisen können. In diesem Sinne reflektiert Vertrauen Kontingenz und dieser Reflexionscharakter unterscheidet es von Hoffnung (Luhmann 2000, 29). Um diese Kontingenz zu reduzieren oder in Grenzen zu halten, muss es Anhaltspunkte dafür geben, wem man vertraut oder misstraut. Die verlässlichsten Anhaltspunkte stellen eigene Erfahrungen mit dem Handeln anderer in der primären Lebenswelt dar. Die auf diesen Erfahrungen basierenden Informationen werden generalisiert und in die Zukunft hineinprojiziert. Nach dieser Kennzeichnung ist die Voraussetzung von Vertrauen Vertraulichkeit (Luhmann 2000, 22) und das interpersonale Vertrauen die „core trust relation“ (Warren 1999b, 348).

Das Problem dieses interpersonalen Vertrauens liegt in seiner begrenzten Reichweite (Offe 1999, 55). Ich kann FreundInnen, Bekannten, KollegInnen vertrauen, aber es gibt keine überzeugenden Gründe, Fremden zu vertrauen, die ich nicht kenne und über die ich demzufolge keine bedeutsamen Informationen haben kann. In den komplexen Gesellschaften der Moderne ist das Individuum aber permanent genötigt – vor allem als Akteur in Funktionssystemen wie dem ökonomischen und dem politischen System – gegenwärtig Entscheidungen zu treffen, die mit dem zukünftigen Handeln von Fremden

rechnen müssen. Auf diese Weise entsteht ein Bedarf für Vertrauen, „das ... immer weniger durch Vertrautheit gestützt werden kann“ (Luhmann 2000, 24) und das immer weniger „thick trust“, also interpersonales Vertrauen sein kann. Ist ein solches Vertrauen überhaupt möglich? Diesbezüglich gibt es in der Literatur unterschiedliche Auffassungen, wir konzentrieren uns im Folgenden auf einen Vorschlag von Claus Offe (1999), dem sich auch Warren (1999b) weitgehend anschließt, da beide Analysen soziales und politisches Vertrauen auf originelle Weise miteinander verbinden.

Die Art von Vertrauen, die in komplexen Gesellschaften notwendig und angemessen ist, bezeichnen Offe (1999) und Warren (1999b) als *Vertrauen in Institutionen*. Diese Notwendigkeit bzw. Angemessenheit ergibt sich sowohl aus der individuellen Perspektive der Handlungsfähigkeit als auch aus der systemischen Perspektive der Handlungskoordination. Offe (1999, 70) konzediert, dass „trusting institutions“ etwas anderes ist als „trusting my neighbor“, und er bestimmt institutionelles Vertrauen folgendermaßen:

My thesis is that it is this implied normative meaning of institutions [die „basic idea“ oder die „idée directrice“, das sagt Offe] and the moral plausibility I assume it will have for others which allows me to trust those that are involved in the same institutions – although they are strangers and not personally known to me. From ‘my’ point of view it is the built-in meaning of institutions, its evidence and moral compellingness, that leads ‘them’ to share with ‘me’ a commitment to the norms and values represented by the institutions ... (Offe 1999, 70).

Wir versuchen, die psychologischen Mechanismen und Annahmen kurz zu rekonstruieren, die in dieser These enthalten sind. Der Bezugspunkt sind politische Institutionen. Diese inkorporieren bestimmte Werte und Normen, die die einzelnen BürgerInnen kennen und teilen und von denen sie wissen oder glauben, dass auch die anderen BürgerInnen sie kennen und teilen. Das ermöglicht dem bzw. der einzelnen BürgerIn Vertrauen gegenüber den anderen BürgerInnen oder gegenüber EntscheidungsträgerInnen zu entwickeln, die im Rahmen der politischen Institutionen handeln. Für dieses

Vertrauen sind keine weiteren Informationen über die Anderen notwendig, es kann sich daher auch auf Fremde beziehen. Streng genommen handelt es sich bei diesem Konzept nicht um ein Vertrauen in Institutionen, sondern weiterhin um ein Vertrauen in andere Akteure, nur dass die Quellen des Vertrauens weniger in den Akteuren selbst liegen, sondern in den Werten und Normen der Institutionen, die deren Handeln steuern. Die Prämisse dabei ist freilich, dass die von den Institutionen ausgehenden Restriktionen auf die Akteure so stark sind, dass keine stärkeren Diskrepanzen zwischen den normativen Erwartungen und den faktischen Handlungen entstehen. Auf Probleme der geschilderten Annahmen von Offe (1999) und auf die Frage, inwieweit man bei seinem Konzept noch von Vertrauen reden kann, gehen wir nach der Erörterung des Konzeptes der politischen Unterstützung ein.

2.2 Politische Unterstützung und politisches Vertrauen

Das Konzept der politischen Unterstützung ist von Easton (1965, 1975) in die politikwissenschaftliche Diskussion und Forschung eingeführt worden. Es ist soweit bekannt, dass wir uns bei der Darstellung dieses Konzeptes auf diejenigen Merkmale beschränken können, die für den Vergleich mit dem Konzept des politischen Vertrauens und vor allem des Vertrauens in politische Institutionen notwendig sind.

Politische Unterstützung bezieht sich zunächst einmal ganz allgemein auf positive oder negative Einstellungen der BürgerInnen zum politischen System. Nach Easton hängt die Persistenz des politischen Systems entscheidend von einem ausreichenden Ausmaß an politischer Unterstützung ab. Für die Persistenzfrage sind allerdings verschiedene Formen von Unterstützung unterschiedlich relevant. Eine Differenzierung dieser Formen von Unterstützung nimmt Easton im Hinblick auf die Objekte des politischen Systems und die Quellen der Unterstützung vor. Hinsichtlich der Objekte unterscheidet er zwischen „political community“, dem „regime“ und den „authorities“. Für unsere

Analysezwecke können wir die „political community“ ausklammern, da sich bei Easton dieses Objekt auf die Frage bezieht, ob es in einem Land *irgendeine* Kooperation zwischen BürgerInnen zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten gibt. Von der konkreten Form dieser Kooperation wird dabei abstrahiert, das heißt, es kann sich auch um eine autokratische Form handeln. Unser Argumentationskontext stellt aber moderne – und das heißt demokratische – Gesellschaften dar.

Damit bleiben das Regime und die Entscheidungsträger (authorities) übrig. Die Relation zwischen den beiden Objekten wird durchaus vergleichbar mit der Theorie des rationalen Handelns begriffen. Das Regime besteht aus dem strukturellen Rahmen, der die Handlungen und Interaktionen der Entscheidungsträger restringiert. Der Kern des Regimes ist bei Easton (1965, 193) die spezifische Struktur der „authority roles“, durch die Macht verteilt und ausgeübt wird. Die Entscheidungsträger, die in liberalen Demokratien durch periodische und kompetitive Wahlen selektiert werden, sind diejenigen Akteure, die im Rahmen dieser Rollen und gesteuert durch diese Rollen tatsächlich herrschen und die allgemein verbindlichen Entscheidungen treffen. Easton (1965, 193) rechnet zu dem Regime auch noch die „values“, da sie „broad limits“ für das Handeln der EntscheidungsträgerInnen darstellen und dieses somit in gewisser Weise ebenfalls restringieren. Wir halten es analytisch aber für angemessener, Regime im Sinne der institutionalistischen Ansätze ausschließlich durch die institutionelle Struktur zu definieren und Werte in Anlehnung an Parsons als eine eigene Dimension zu postulieren, die dann im Unterschied zur Struktur die Kultur des Systems konstituiert (Fuchs 2002a). Auf diese Weise erhält man drei hierarchisch geordnete Ebenen eines demokratischen Systems: Die Kultur mit den grundlegenden Werten der Demokratie, die Struktur mit dem demokratischen Regime und die Prozesse mit dem Handeln der EntscheidungsträgerInnen und der BürgerInnen (Fuchs 2002b). Das Regime stellt nach diesem Modell eine selektive Implementation der grundlegenden Werte durch Rechtsnormen dar und diese Rechtsnormen bil-

den wiederum normative Erwartungen an das Handeln der Akteure. Wenn das Ebenenmodell des demokratischen Systems als ein Einstellungsmodell spezifiziert wird (Fuchs 2002a), dann können die Unterstützungsformen von Easton eindeutig zugeordnet und sinnvoll konzeptualisiert werden. Wir konzentrieren uns im Folgenden auf die beiden Unterstützungsformen, die sich auf das Regime und seine Institutionen beziehen.

Easton (1975) unterscheidet zwei Formen von „diffuse support“ gegenüber dem Regime, die er „legitimacy“ und „trust“ nennt und die für die Persistenz des Regimes maßgeblich sind. In dem Ebenenmodell bezieht sich ersteres auf die Relation zwischen der Kulturebene und dem Regime. Ein Regime wird von einem Bürger bzw. einer Bürgerin in dem Maße unterstützt, in dem er/sie meint, dass es den von ihm/ihr akzeptierten Werten entspricht. Die Voraussetzung dieser Unterstützung ist also eine *Bindung* an bestimmte demokratische Werte (value-commitment) und eine *Kognition*, dass diese Werte in dem Regime auch institutionalisiert sind.

„Trust“ bezieht sich auf eine Relation zwischen den Handlungen der EntscheidungsträgerInnen auf der Prozessebene und dem Regime. Die Quelle dieser Unterstützung sind Erfahrungen. Dabei handelt es sich aber nicht um situative Erfahrungen mit den jeweiligen EntscheidungsträgerInnen, sondern um andauernde Erfahrungen mit verschiedenen EntscheidungsträgerInnen, die deshalb auf die Regimeebene generalisiert werden. Durch diesen Generalisierungsprozess wird also das Objekt geändert, die erfahrenen Outputs werden nicht mehr nur den konkreten EntscheidungsträgerInnen zugerechnet, sondern dem Regime selber attribuiert.

Die psychologischen Mechanismen, die beiden Einstellungen zugrunde liegen oder diese erzeugen, sind also im Falle von Legitimität eine *Übertragung* (spill-over) von Wertebindungen auf das Regime und im Falle von Vertrauen eine *Generalisierung* von Erfahrungen auf das Regime. Im nachfolgenden Abschnitt soll erörtert werden, wie sich diese beiden Unterstützungsformen von dem im vorangehenden Abschnitt dargestellten „Vertrauen

in Institutionen“ unterscheiden und was sie möglicherweise gemeinsam haben.

2.3 Vergleich der konzeptuellen Zugänge zur Analyse politischen Vertrauens

In dem im Einleitungskapitel angeführten Zitat von Warren (1999b, 378) ist das konzeptuelle Problem von Vertrauen in Institutionen deutlich benannt: Es ist nach Warren nicht ganz klar, was es bedeutet, aber wenn es etwas bedeutet, dann muss es in irgendeiner Weise auf interpersonalem oder sozialem Vertrauen beruhen. Einen Vorschlag, dieses konzeptuelle Problem zu lösen und „in irgendeiner Weise“ zu explizieren, hat Offe (1999) vorgelegt.

Seine Konzeptualisierung von Vertrauen in Institutionen ist in Abschnitt 2.1 bereits beschrieben und rekonstruiert worden. Wir halten hier noch einmal den Kern seiner Argumentation fest: Danach kann eine Bürgerin oder ein Bürger den anderen BürgerInnen, die in der Regel Fremde für sie/ihn sind, deshalb vertrauen, weil sie in den gleichen Institutionen wie er bzw. sie selbst „involviert“ sind (Offe 1999, 70). Der Grund dieses Vertrauens ist die „built-in-meaning of institutions“ oder etwas genauer die „implied normative meaning of institutions“. Was bei Offe (1999) im Begriff des Vertrauens in Institutionen zusammengezogen ist, ist im Konzept der politischen Unterstützung auseinandergezogen und ermöglicht unter anderem deshalb eine präzisere Fassung des gleichen Sachverhaltes.

Den Institutionen oder der institutionellen Struktur (Regime) wird deshalb zugestimmt, weil sie in der Wahrnehmung der BürgerInnen den von ihnen präferierten Werten entspricht. Die Basis der Zustimmung ist also eine Wertebindung und der psychologische Mechanismus ist der einer Übertragung (spill-over) der Wertebindung auf die Institutionen. Durch die Differenzierung zwischen Werteebene und Regimeebene kann eine kausale Relation von ersterem auf letzteres postuliert werden, die empirisch testbar ist. Die subjektive Entsprechung von Werten und Regimen und die darauf beruhende Übertragung positiver Einstellungen wird im Konzept politischer Unterstützung *Legitimität*

genannt. Es sind also die als legitim erachteten Institutionen, die berechnete normative Erwartungen an das Handeln der BürgerInnen (einschließlich der EntscheidungsträgerInnen) richten und von denen deshalb angenommen werden kann, dass sie diesen Erwartungen folgen und denen deshalb vertraut werden kann.

Spätestens an dieser Stelle muss gefragt werden, ob die Bezeichnung des Vertrauens in Institutionen gerechtfertigt ist. Offe (1999, 70) selber stellt fest, dass sich das Vertrauen in Institutionen von „trusting my neighbor“ unterscheidet. Er gibt aber als Grundlage der Einstellung zu den Institutionen die „moral plausibility“ für das Individuum an, und das ist nichts anderes als das, was mit Legitimität in dem Konzept politischer Unterstützung erfasst und bezeichnet wird. Nicht zufällig wird der Begriff des Vertrauens in seiner Bestimmung des institutionellen Vertrauens gerade nicht auf Institutionen bezogen, sondern lediglich auf „those that are involved in the same institutions – although they are strangers“ (Offe 1999, 70) – auf Personen also. Letztlich argumentiert er im Kontext eines Vertrauensbegriffes, der in seinem Bedeutungskern auch von Misztal (1996), Hardin (1999), Warren (1999b) und Luhmann (2000) geteilt wird. Danach stellt Vertrauen einen Mechanismus dar, mit dem Problem der Kontingenz im Handeln anderer umzugehen, das durch die Freiheit der Handelnden entsteht. Eine derartige Kontingenz kann es bei Institutionen nicht geben, da Institutionen nicht handeln können, sondern lediglich Beschränkungen für das Handeln von Personen darstellen. Konsequenterweise müsste das Vertrauen auf Einstellungen zu Personen beschränkt und die Einstellung zu Institutionen mit einem anderen Begriff als dem der Legitimität versehen werden; dann kann beides aufeinander bezogen werden.

Bevor wir zu einem anderen Gesichtspunkt übergehen, wollen wir den Stand der Diskussion noch einmal zusammenfassen, indem wir einige Gedanken Offes (1999) aufgreifen und sie im Rahmen des Konzeptes der politischen Unterstützung reformulieren (und unseres Erachtens auch präzisieren): Die politischen Institutionen werden von den BürgerInnen als le-

gitim erachtet, weil sie deren Wertepreferenzen entsprechen; diese Legitimität bewirkt eine Folgebereitschaft der BürgerInnen gegenüber den normativen Erwartungen, die mit den politischen Institutionen verknüpft sind und erzeugt ein Vertrauen in die anderen BürgerInnen, die in diesem institutionellen Gefüge handeln. Dieser Zusammenhang beruht auf einem Prozess eines spill-over, der von den grundlegenden Werten der BürgerInnen ausgeht und beim Handeln der BürgerInnen endet. Ein sinnvoller Begriff des Vertrauens in Institutionen kann bei dieser Argumentation nicht gewonnen werden. Die für die Institutionen und das Regime relevante Einstellung ist die der Legitimität. Wir wollen im Folgenden theoretisch überprüfen, ob bei einem „induktiven“ Prozess ein solcher Vertrauensbegriff möglich ist.

Dieser induktive Prozess geht von den Erfahrungen mit den Auswirkungen des Handelns der EntscheidungsträgerInnen auf die einzelnen BürgerInnen aus, also von der untersten Ebene des in Abschnitt 2.3 erläuterten Ebenenmodells des demokratischen Systems. Normalerweise werden diese auf die jeweiligen AmtsinhaberInnen bezogen und konstituieren das, was Easton (1975) „specific support“ nennt. Wenn aber über einen längeren Zeitraum hinweg gleichartige Erfahrungen – positive oder negative – mit einer Reihe von EntscheidungsträgerInnen gemacht werden, können diese auf die politischen Institutionen und das politische Regime generalisiert werden. Sie konstituieren dann eine Form der diffusen Unterstützung des Regimes, die Easton (1975) bezeichnenderweise „trust“ nennt. Die Frage ist, ob diese Bezeichnung etwas mit dem Vertrauenskonzept zu tun hat, das wir bisher erörtert haben, oder ob es eine mehr oder weniger zufällige Bezeichnung für den gemeinten Sachverhalt ist.

Dieses „Vertrauen in Institutionen“ geht von vergangenen Erfahrungen mit Akteuren aus und entwickelt auf dieser Grundlage Erwartungen für die Zukunft. In diesem Sinne werden erfahrungsbasierte Informationen überzogen und es findet eine „riskante Vorleistung“ (Luhmann 2000, 27) statt. Das alles ist noch mit dem Vertrauenskonzept verträglich, auf das wir uns bislang bezogen haben. Das entscheidende

ist aber, das sich die zukünftigen Erwartungen nicht mehr auf Akteure beziehen, sondern auf die Institutionen und das Regime. Wie könnte die Kalkulation eines rational handelnden Individuums, bei diesem Generalisierungsprozess, bei dem geradezu eine Entkopplung der Einstellung zu den Akteuren stattfindet, aussehen? Die andauernden Erfahrungen mit den EntscheidungsträgerInnen – wir gehen der Einfachheit halber lediglich von positiven Erfahrungen aus – führen zu der plausiblen Vermutung, dass es die institutionelle Struktur ist, die deren Handeln so stark determiniert, dass es zu den vom Individuum gewünschten Ergebnissen führt. Dabei ist es gar nicht wichtig, die Struktur und seine Wirkungsweise genauer zu kennen. Es ist ausreichend, dass das Individuum eine grobe Vorstellung davon hat, dass es eine Struktur gibt und welche ihre grundlegenden Merkmale sind. In den entwickelten Gesellschaften des Westens werden Informationen über die demokratische Grundordnung durch primäre und sekundäre Sozialisationsprozesse vermittelt und zugleich versucht, deren Legitimität zu verankern. Der Legitimitätsglaube wiederum ist die Basis für die Vermutung, dass die anderen BürgerInnen und die EntscheidungsträgerInnen normenkonform handeln.

Eine derartige durch Generalisierung zustande gekommene Einstellung entlastet die Individuen von Informationskosten. Wenn einmal ein generalisiertes Vertrauen in Institutionen aufgebaut ist, dann verringert das die Notwendigkeit, Informationen über die einzelnen und wechselnden Akteure zu akquirieren, um einigermaßen verlässliche Erwartungen im Hinblick auf deren zukünftiges Handeln zu gewinnen. Zudem bildet eine solche generalisierte Erwartung einen Puffer gegenüber negativen Erfahrungen mit konkreten Entscheidungsträgern und es entsteht eine mehr oder weniger große Unabhängigkeit von deren alltäglichen Outputs. Und letzteres ist eines der Kennzeichen, die Easton (1975) für eine diffuse Unterstützung des Regimes postuliert.

Eine der Fragestellungen bei politischem Vertrauen im Kontext der Diskussion über soziales Kapital bezieht sich auf das Problem, wie ein Individuum einigermaßen sichere Erwartungen

im Hinblick auf das zukünftige Handeln von unbekanntem Anderen, das heißt von Fremden entwickeln kann. Derartige Erwartungen sind notwendig, um komplexe Handlungsnetze in modernen Gesellschaften zu ermöglichen. Das konzeptuelle Problem besteht darin, dass das interpersonale Vertrauen einerseits als die „core trust relation“ (Warren 1999b) angesehen wird, andererseits aber die Fremden in diese Vertrauensrelation nicht einbezogen sind. Das Vertrauen in Fremde muss also eine andere Grundlage bekommen, und Offe (1999) und Warren (1999b) weisen dem Vertrauen in politische Institutionen diese Funktion zu.

Wir haben zu zeigen versucht, dass das Vertrauen in Institutionen, wie es von beiden Autoren begriffen wird, nichts anderes als Legitimität von Institutionen meint. Legitimität ist ein Begriff aus dem konzeptuellen Kontext politischer Unterstützung und hat in dem Ebenenmodell des demokratischen Systems einen analytisch eindeutigen Stellenwert, der zudem eine Spezifikation von theoretisch sinnvollen und empirisch testbaren Kausalrelationen erlaubt. Im Rahmen des Unterstützungskonzeptes kann mit „trust“ eine weitere Einstellung identifiziert werden, die eine wichtige Funktion für die Erwartbarkeit des zukünftigen Handelns anderer hat. Die Legitimität politischer Institutionen berechtigt zu der normativen Erwartung, dass die Anderen – andere BürgerInnen und EntscheidungsträgerInnen – auch normenkonform handeln und das heißt entsprechend demokratischer Prinzipien. Vertrauen in politische Institutionen berechtigt zu der Erwartung, dass die Verfahren dieser Institutionen letztlich zu Konsequenzen führen, die einem nützen oder einem zumindest nicht schaden. Inwieweit in die Bewertung politischer Institutionen Legitimitätsüberzeugungen oder Vertrauen einfließen, ist auf der Grundlage der vorhandenen Daten allerdings nicht entscheidbar.

Wir wollen den Vergleich beider Konzepte mit der Erwähnung eines Problems abschließen, das bei dem Konzept des Vertrauens in politische Institutionen gestellt werden muss, aber noch ungelöst ist. Wir kommen dazu noch einmal auf das schon mehrfach angesprochene Zitat von Warren (1999b, 348) zurück: „What ever it

means to trust an institution is somehow scaled up from the domain of socially thick, face-to-face relations.“ Diese Ausdehnung oder Erweiterung (scaling up) ist aber in dem Vorschlag von Offe (1999) nicht thematisiert worden, und unseres Erachtens auch in keiner anderen Analyse. Es bleibt also die Frage offen – und wir bezweifeln, dass sie lösbar ist: Wie sollte die Logik der Generalisierung von interpersonalem Vertrauen in der primären Lebenswelt auf unbekanntem Andere oder gar politische Institutionen auch aussehen?¹

3. Empirische Analysen

3.1 *Wie fügt sich das Institutionenvertrauen in den Gesamtzusammenhang der Beziehungen der Bevölkerung zur Demokratie ein?*

In Anbetracht des häufigen Einsatzes der Frage nach dem Institutionenvertrauen in der nationalen und international vergleichenden Sozialforschung ist der Mangel an Analysen des konzeptuellen Status dieser Form der Beziehung der Bevölkerung zur Politik nur schwer zu verstehen. Ohne genaue Kenntnisse seiner Rolle im Gesamtzusammenhang der politischen Kultur eines Landes besteht nämlich keine verlässliche Basis für eine Abschätzung der politischen Konsequenzen einer Veränderung des Institutionenvertrauens für die Stabilität und Performance eines demokratischen Regimes. Wie wichtig die Klärung dieser Frage ist, zeigte sich bereits in der klassischen Miller-Citrin-Kontroverse, in der zwischen den beteiligten Forschern umstritten war, ob der seit dem Ende der 1960er Jahre beobachtete Niedergang des politischen Vertrauens in den Vereinigten Staaten lediglich die amtierende politische Führung betraf oder ob er als Herausforderung an die Regimestrukturen insgesamt zu interpretieren war (vgl. Miller 1974a; 1974b; Citrin 1974). Lipset und Schneiders Arbeit über den „Confidence gap“ in den Vereinigten Staaten thematisierte ein weiteres wichtiges konzeptuelles Problem, führte es aber keiner Lösung zu: Die Unabhängigkeit des Vertrauens zu den InhaberInnen von Spitzenpositionen in politischen Institutionen

und zu diesen Institutionen selbst (Lipset/Schneider 1983; vgl. auch Hetherington 1998).

Dieser Beitrag dient der Klärung des theoretischen Status eines in der empirischen Forschungspraxis häufig eingesetzten Konzeptes. Da die entsprechenden theoretischen Annahmen bereits ausführlich dargelegt wurden, es geht an dieser Stelle nur noch um eine knappe Spezifikation der die empirische Analyse leitenden Fragestellungen und Erwartungen. Unser Interesse richtet sich auf die Beantwortung von fünf Fragen:

- (1) Bildet das Vertrauen zu den politischen Institutionen eine eigenständige Dimension in den Beziehungen der Bevölkerung zum politischen System? Lässt es sich insbesondere vom Vertrauen zu den PolitikerInnen und von der Unterstützung des politischen Regimes trennen? Unsere Annahme lautet, dass es sich beim Institutionenvertrauen um eine gegenüber anderen Aspekten politischer Unterstützung eigenständige Dimension des Verhältnisses der Bevölkerung zur Politik handelt.
- (2) Stellt das Vertrauen zu den politischen Institutionen einen einheitlichen Komplex politischer Orientierungen dar oder findet die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Einrichtungen des öffentlichen Lebens ihren Niederschlag in den politischen Einstellungen der Bevölkerung? Wenn letzteres zutrifft, welche Dimensionen des Institutionenvertrauens lassen sich identifizieren? Im Hinblick auf den Ablauf politischer Prozesse in demokratisch verfassten politischen Regimen erwarten wir eine Differenzierung zwischen Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen (vgl. Almond u.a. 2000, 40 ff., 104 ff.)
- (3) Auch wenn es gelingt, das Institutionenvertrauen als eigenständige Komponente im Verhältnis der Bevölkerung zur Politik zu identifizieren, impliziert dies keine völlige Unabhängigkeit von anderen Aspekten politischer Unterstützung. Eine derartige Konstellation widerspräche der Sicht der politischen Kultur als *Muster* miteinander verbundener Elemente (Almond/Verba 1965, 13). Für die Einordnung des Institutionenvertrauens in das Konzept politischer Unterstützung ist vor allem das Verhältnis zu den Orientierungen auf

das politische Regime und die „incumbent authorities“ relevant. Wir erwarten moderat positive Beziehungen zu diesen Objekten, insbesondere zu den aktuellen InhaberInnen von Entscheidungsrollen.

- (4) Alle bisher gestellten Fragen betrafen die Rolle des Institutionenvertrauens als Komponente politischer Unterstützung. Vor dem Hintergrund des Sozialkapitalkonzepts tritt die Beziehung des politischen Vertrauens zu anderen Orientierungen, nämlich dem interpersonalen Vertrauen und der Unterstützung prosozialer Werte und Normen, in den Mittelpunkt des Interesses. Das Verhältnis zwischen sozialem und politischem Vertrauen ist in der Sozialkapitaldebatte konzeptuell, funktional, normativ und empirisch umstritten. Wenn aber Putnams Annahmen über die Bedeutsamkeit des Sozialkapitals für die Bildung einer guten und leistungsfähigen Gesellschaft zutreffen, ist eine positive Beziehung zwischen sozialem Vertrauen, der Unterstützung prosozialer Werte und Normen und dem politischen Vertrauen bzw. dem Institutionenvertrauen geradezu zwingend.
- (5) Da sich die Institutionensysteme und politischen Traditionen der westlichen Demokratien voneinander unterscheiden, ist es keineswegs ausgemacht, dass die Struktur des Institutionenvertrauens in allen Ländern gleich ausfällt. Die Bestandsdauer des demokratischen Regimes, die länderspezifischen Formen der Gewaltenteilung, die Kräfteverteilung zwischen den politischen Parteien, die ideologische Konfiguration des Parteiensystems oder die Stärke extremistischer Parteien, die Häufigkeit von Regierungswechseln und andere Faktoren können unterschiedliche Niveaus und – was in unserem Zusammenhang bedeutsamer ist – Strukturen politischer Unterstützung zur Folge haben (vgl. z.B. Anderson/Guillory 1995; McAllister 1999; Weil 1989). Der Makrokontext des Verhältnisses der Bevölkerung zum politischen System ist allerdings bisher kaum empirisch untersucht worden und kann auch in unserer Studie nur in illustrativer Form behandelt werden. Die Formulierung plausibler Annahmen über länderspezifische Muster des

Institutionenvertrauens und dessen Beziehungen zu anderen Aspekten der politischen Kultur eines Landes ist beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht möglich.

3.2 Die Daten

Die folgende Untersuchung basiert auf Daten der dritten Welle des World Values Surveys, die in den Jahren 1995 bis 1997 erhoben wurden.² Berücksichtigt wurden sechs demokratisch verfasste Länder, die sich in ihren politischen Strukturen und kulturellen Traditionen voneinander unterscheiden. Hierbei handelt es sich um Deutschland (Ost und West getrennt), die Schweiz, Norwegen, Schweden, Spanien und die Vereinigten Staaten. Die Stichprobengrößen lagen zwischen 1009 und 1542 Fällen. Im Vergleich mit anderen international vergleichenden Umfragen bieten die Daten dieser Erhebung relativ gute Möglichkeiten zu einer Analyse der Zusammenhänge zwischen politischem Vertrauen, politischer Unterstützung und Sozialkapital.

Die im World Values Survey III enthaltenen Fragen decken die folgenden für unsere Studie relevanten Konstrukte ab: das *Institutionenvertrauen*, die *Einstellungen zur Demokratie als Ordnungsmodell*, zur *Performanz* und zum *aktuellen Zustand der Demokratie*, das *Vertrauen zu PolitikerInnen*, die *Verbundenheit mit der Nation*, das *interpersonale Vertrauen* und die *Unterstützung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen*. Von den Ergebnissen einer Analyse der Beziehungen des Institutionenvertrauens zu den anderen genannten Orientierungen sind Aufschlüsse über die theoretische Verortung dieses Konstrukts zu erwarten.

3.3 Das Vertrauen zu den politischen Institutionen – eine eigenständige Kategorie politischer Unterstützung?

Im Kontext der Theorie politischer Unterstützung spielt das Vertrauen zu den politischen Institutionen eine Doppelrolle. In der Tradition Eastons bildet das Vertrauen eine *Subdimension diffuser Unterstützung* des Regimes und sollte demzufolge mit den anderen Aspekten politi-

scher Unterstützung – insbesondere mit den Legitimitätsüberzeugungen – in einer positiven Beziehung stehen (Easton 1975, 444 ff.). Auf der anderen Seite wurde es in der empirischen Forschung stets als *eigenständiger* Aspekt des Verhältnisses der Bevölkerung zur Politik behandelt, was eine gewisse Unabhängigkeit von den anderen Komponenten politischer Unterstützung impliziert. Analytisch lässt sich das Vertrauen zu den politischen Institutionen sowohl vom Vertrauen zur amtierenden politischen Führung als auch von der Unterstützung des politischen Regimes trennen. Die empirische Relevanz dieser Unterscheidung ist allerdings seit dem Beginn der empirischen Forschung über das politische Vertrauen umstritten. In einem ersten Untersuchungsschritt wollen wir deshalb die für diesen Beitrag grundlegende Frage klären, ob das Institutionenvertrauen überhaupt eine eigenständige Dimension im Orientierungssystem der Bevölkerung darstellt und sich von anderen Formen politischer Unterstützung abgrenzen lässt.

Die Faktorenanalyse stellt ein geeignetes Verfahren zur Ermittlung des Status des Institutionenvertrauens innerhalb des Orientierungssystems der Bevölkerung dar. In unserem konkreten Fall geht es bei der Interpretation der Ergebnisse dieser Analyse weniger darum, wie viele und welche Subdimensionen politischer Unterstützung existieren. Vielmehr gilt unser Interesse ausschließlich der *Rolle* des Institutionenvertrauens. Welches faktorenanalytische Verfahren auch immer man verwendet und welches Land auch immer man betrachtet, ein Ergebnis bleibt konstant: Ganz offensichtlich unterscheidet die Bevölkerung bei der Definition ihrer Beziehungen zur politischen Umwelt zwischen dem Vertrauen zu den politischen Institutionen und anderen Aspekten: Das Institutionenvertrauen erweist sich ganz eindeutig als eine eigenständige Dimension des Verhältnisses der Bevölkerung zur Politik.

In einer explorativen Analyse auf der Grundlage einer gepoolten Datei aller in diesem Beitrag untersuchten Länder ergab sich ein genereller Faktor „Institutionenvertrauen“. Er repräsentiert sämtliche in unserem Kontext relevanten Institutionen (Parlament, Regierung, Partei-

en, Polizei und Justiz). Dieses Ergebnis deckt sich mit den von Listhaug und Wiberg (1995) sowie Newton und Norris (2000) präsentierten Befunden, denen zu Folge die Bevölkerung zwischen öffentlichen und privaten Institutionen differenziert. Die Inspektion der Ergebnisse einer unrotierten Hauptkomponentenanalyse brachte eine weitere interessante Erkenntnis über die Position des Institutionenvertrauens im Orientierungssystem der Bevölkerung. Die Items zur Messung des Institutionenvertrauens bildeten eine gemeinsame Komponente mit den Einstellungen zu den *aktuellen Inhabern der politischen Führungspositionen* und der *Bewertung des Zustandes des politischen Systems*. Alle Einstellungen zur Demokratie als Ordnungsmodell waren auf einer davon getrennten, zweiten Komponente angeordnet (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Auch wenn die Organisationsstruktur der meisten modernen Demokratien sich nicht mehr an der klassischen Gewaltenteilungsdoktrin Montesquieus orientiert, sondern durch eine Verflechtung von Legislative und Exekutive charakterisiert sind, blieb ein Element des klassischen Modells erhalten, die Unabhängigkeit der Justiz von der Legislative und der Exekutive. In Folge des Aufgabenwandels des Staates stellt sich zudem die Frage, ob nicht auch die Funktion der Exekutive insofern einer Neubestimmung bedarf, als sie in einen politiknahen und einen politikfernen Teil differenziert werden kann. Dem ersten ist die Regierung zuzurechnen und dem zweiten die Polizei. Die öffentliche Verwaltung nimmt in diesem Kräftefeld eine Zwischenposition ein, indem sie einerseits der Regierung unterstellt ist, andererseits aber ihre Aufgaben ebenso unparteiisch erfüllen sollte wie die Gerichte und die Polizei.

Ob institutionelle Arrangements sich in den Einstellungen der Bevölkerung widerspiegeln, ist eine empirische Frage. Deshalb zielte unser zweiter Untersuchungsschritt auf eine Klärung möglicher Differenzierungsprozesse im Institutionenvertrauen. Da sich in der explorativen Faktorenanalyse nur ein gemeinsamer Faktor „Institutionenvertrauen“ ergeben hatte, theoretische Überlegungen aber für eine Differenzierung dieses Konstrukt sprechen, gaben wir in einer weiteren Faktorenanalyse die Zahl der zu

extrahierenden Faktoren vor. Nunmehr zeigte sich eine Ausdifferenzierung des Institutionenvertrauens in zwei Teildimensionen, das *Vertrauen zu parteienstaatlichen Institutionen* und das *Vertrauen zu rechtsstaatlichen Institutionen* (siehe Tabelle 1 auf S. 434). Die Einstellungen zur öffentlichen Verwaltung waren mit dem parteienstaatlichen, aber nicht mit dem rechtsstaatlichen Faktor verbunden.

Eine derartige Konstellation hatte sich bereits in früheren Studien ergeben (Gabriel 1999; Dekker/van den Broek 1996), allerdings wurden die Teildimensionen des Institutionenvertrauens nicht einheitlich bezeichnet. So unterscheiden Dekker und van den Broek zwischen demokratischen und autoritären Institutionen, eine Sichtweise, die unserer Auffassung nach der demokratiepolitischen Bedeutung des Vertrauens in das Rechtssystem und die Polizei nicht gerecht wird.

Die Ladung des Vertrauens zur öffentlichen Verwaltung spricht eher für eine Differenzierung zwischen Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen als für die Unterscheidung zwischen parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen. Allerdings weist das Item „Vertrauen zur öffentlichen Verwaltung“ nur eine schwache Ladung auf dem ersten Faktor auf und ist zudem nicht in allen Ländern diesem Faktor zugeordnet. Auf Grund dieser Mehrdeutigkeit werden wir das Verwaltungsvertrauen in den folgenden Analysen nicht mehr berücksichtigen, sondern zwischen den beiden eindeutig identifizierbaren Dimensionen, den Einstellungen zum Parteienstaat und den Einstellungen zum Rechtsstaat, unterscheiden. Der Zusammenhang dieser beiden Orientierungsarten mit anderen Aspekten politischer Unterstützung werden wir später noch genauer untersuchen.

Lässt sich die länderübergreifende Struktur des Orientierungssystems der Bevölkerung auch in den einzelnen Nationen nachweisen oder variiert die Struktur des Institutionenvertrauens von Land zu Land? Bei einer Betrachtung der Ergebnisse der länderspezifischen Faktorenanalysen (tabellarisch nicht ausgewiesen) treten nur wenige Abweichungen vom generellen Muster auf. Im Hinblick auf die Struktur des Institutionenvertrauens entsprechen die Ergeb-

Tabelle 1. Die Rolle des Institutionenvertrauens im Gesamtzusammenhang politischer Unterstützung, 1995–1997.

Faktor Nr. → Items ↓	1	2	3	4	5	6	7	8	Komm
Vertrauen zum Parlament	.79								.75
Vertrauen zu Parteien	.74								.52
Vertrauen zur Regierung	.52							.33	.68
Vertrauen zur Verwaltung	.42								.29
Demokratie keine Ordnung		.67							.48
Demokratie keine Entscheidungen		.66							.41
Demokratie ökonomisch ineffizient		.65							.49
Nationalstolz			.64						.43
Bereitschaft zum Kampf für das Land			.45						.25
Systembewertung künftig				.76					.59
Systembewertung aktuell				.68					.67
Präferenz für starken Führer					-.65				.52
Präferenz für Experten Herrschaft					-.47				.26
Präferenz für Militärregierung					-.37				.32
Demokratie beste Ordnung						.65			.46
Demokratiepräferenz						.65			.48
Vertrauen zur Polizei							-.66		.48
Vertrauen zur Justiz							-.45		.38
Zufriedenheit mit der Regierung								.68	.60
Regierung vertritt ihre Eigeninteressen								-.41	.34
Eigenwert	4.8	2.7	1.3	1.2	1.1	1.0	0.8	0.8	

Quelle: World Values Survey III (1995–97)

Anmerkung: Hauptachsen-Faktorenanalyse mit Oblimin-Rotation. Ergebnisse für alle sieben Länder. Die Kommunalitäten beziehen sich auf die rotierte Lösung. Die Daten sind gewichtet auf N=1000 je Land. Den genauen Fragewortlaut der Items entnehmen Sie dem Anhang.

nisse für Westdeutschland, Schweiz, Norwegen, Schweden und Spanien vollständig jenen in Tabelle 1 (ähnlich für Deutschland: Gabriel 1999; Pickel/Walz 1995). Das Item „Vertrauen in die Verwaltung“ lädt auf einem gemeinsamen Faktor mit dem Vertrauen in die Polizei und die Justiz. Damit ergibt sich für diese Länder die nach Almond u.a. (2000) zu erwartende Differenzierung zwischen Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen bzw. politikfernen und politiknahen Institutionen (Walz 1997).

In Ostdeutschland, Schweden und den Vereinigten Staaten sind die folgenden kleineren Abweichungen vom vorherrschenden Muster zu erkennen:

- *Ostdeutschland:* Das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung lädt zwar schwach auf dem Faktor Parteienstaat, stellt aber zusätzlich ei-

nen eigenen Faktor mit ebenfalls schwacher Ladung dar. Offenbar ordnet die ostdeutsche Bevölkerung die Verwaltung weder eindeutig den Entscheidungs- noch Implementationsinstitutionen zu, trennt aber klarer als die westdeutsche zwischen parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen.

- *Spanien:* Das Vertrauen in die Gerichte gehört zu derselben Dimension wie die parteienstaatlichen Institutionen, während das Vertrauen zur Polizei einen eigenständigen Faktor bildet. Die singuläre Rolle der Polizei könnte die autoritäre Tradition Spaniens widerspiegeln. Die Zusammengehörigkeit von Justiz und parteienstaatlichen Institutionen bringt möglicherweise die Einstellung zu demokratisch-rechtsstaatlichen Einrichtungen zum Ausdruck.“

- **USA:** Die Polizei und die öffentliche Verwaltung laden auf einem gemeinsamen Faktor mit dem Regierungsvertrauen, dieses bildet aber zugleich einen gemeinsamen Faktor mit dem Parlaments- und Parteienvertrauen. Im Unterschied zu den übrigen Ländern steht das Regierungsvertrauen nur in einer schwachen Verbindung zu diesen beiden Faktoren. Noch auffälliger allerdings ist eine weitere Abweichung vom generellen Muster, die extrem schwache Verbindung des Vertrauens zur Justiz zu einem der anderen Faktoren ($< .30$). Ohne allzu sehr über die Gründe für die amerikanischen Besonderheiten spekulieren zu wollen, ist eines doch bemerkenswert: Die relativ klare Trennung zwischen der Orientierung auf Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen, die mehrdeutige Position der Regierung in diesem Beziehungsgeflecht und die fehlende Einpassung der Justiz in das ermittelte Muster treten ausgerechnet in dem Land auf, dessen politisches System eine solche Konstellation besonders plausibel erscheinen lässt, weil sich die Regimestrukturen in den USA stärker am traditionellen Modell der Gewaltenteilung orientieren als es für die untersuchten europäischen Demokratien zutrifft.

In Anbetracht der wenigen Länderspezifika erscheint die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass das Verhältnis der Bevölkerung zu den politischen Institutionen eher von nationenübergreifenden Gemeinsamkeiten als von nationalen Unterschieden bestimmt ist, wobei das Niveau des Vertrauens hier unberücksichtigt bleibt. Die in den anderen Einstellungsfeldern auftretenden Abweichungen vom allgemeinen Muster sind in unserem Kontext von untergeordnetem Interesse, halten sich aber ebenfalls in Gren-

zen. In allen Ländern bildet das Vertrauen zu den politischen Institutionen eine von den Einstellungen zum Regime und den Autoritäten abgrenzbare Größe, in allen Ländern bilden das Vertrauen zum Parlament, zu den Parteien und zur Regierung einen gemeinsamen Faktor, dessen Ladungen sich ausschließlich in der Stärke voneinander unterscheiden. Schließlich existiert in allen Ländern – außer in den USA – ein zweiter Faktor, der das Vertrauen zu rechtsstaatlichen Institutionen abbildet. Als eine ambivalente Größe stellt sich lediglich das Vertrauen zur öffentlichen Verwaltung dar.

Auch wenn das Vertrauen zu den parteienstaatlichen Institutionen sich faktorenanalytisch vom Vertrauen zu den rechtsstaatlichen Institutionen trennen lässt, sind diese beiden Einrichtungen in einer modernen Demokratie funktional miteinander verbunden. Das Handeln rechtsstaatlicher Institutionen basiert auf vom Parlament verabschiedeten Gesetzen. Darüber hinaus erfüllen rechtsstaatliche Institutionen die Aufgabe, die Geltung der von parteienstaatlichen Institutionen verabschiedeten Gesetze sicherzustellen. Aus diesen institutionellen Arrangements resultiert die Frage, ob sich dies auf der Einstellungsebene in einer positiven Beziehung zwischen dem Vertrauen in den Parteienstaat und dem Vertrauen zu rechtsstaatlichen Einrichtungen niederschlägt. Eine solche Beziehung ist nicht zuletzt deshalb zu erwarten, weil in den Faktorenanalysen eine generalisierte Dimension „Institutionenvertrauen“ nachgewiesen werden konnte. Auf der anderen Seite darf die Beziehung zwischen diesen beiden Subsystemen nicht allzu stark ausfallen, weil eine enge Verflechtung des Vertrauens zur Judikative und Polizei mit den parteienstaatlichen Orientierungen der normativen Er-

Tabelle 2. Die Wechselbeziehung zwischen dem Vertrauen zu parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen, 1995–1997 (Angaben: Korrelationskoeffizienten)

	WD	OD	CH	N	S	SPA	USA
r	.42**	.44**	.44**	.31**	.36**	.40**	.40**
tau-b	.36**	.36**	.36**	.25**	.32**	.32**	.33**

Quelle: World Values Survey III (1995–97)

Anmerkung: ** = signifikant auf dem Niveau von 0,01

wartung unparteiisch agierender rechtsstaatlicher Institutionen zuwiderliefe und schon aus diesem Grunde verfassungspolitisch problematisch wäre.

Wie Tabelle 2 zeigt, besteht in allen Ländern eine moderat positive Beziehung zwischen dem Vertrauen zum Parteienstaat und dem Vertrauen zum Rechtsstaat. In allen Ländern verstärken positive Einstellungen zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat einander, ohne dass das eine zwangsläufig das andere zur Folge hätte. Der Anteil gemeinsamer Varianz liegt zwischen 19 (Schweiz) und knapp zehn Prozent (Norwegen). Da zwischen den untersuchten Ländern keine gravierenden Unterschiede bestehen, erübrigen sich Spekulationen über den Einfluss institutioneller Arrangements auf das Vertrauen der Bevölkerung zu den parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen. Jedoch begründen die in allen Ländern bestenfalls moderaten Beziehungen zwischen den beiden Einstellungen ihre Behandlung als separate Aspekte des Verhältnisses der Bevölkerung zur Politik.

Auf der Basis der bisher gewonnenen Erkenntnisse werden wir in den folgenden Abschnitten die Verbindungen des Institutionenvertrauens zu den in unserem Zusammenhang relevanten Komponenten der politischen Unterstützung und des Sozialkapitals prüfen, wobei wir zwischen dem Institutionenvertrauen im allgemeinen sowie dem Vertrauen zu parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen unterscheiden.

3.4 Die Beziehung des Institutionenvertrauens zu anderen Aspekten politischer Unterstützung

Seit David Eastons Arbeiten ist das Konzept des politischen Vertrauens zwar theoretisch in die Debatte über die Struktur politischer Unterstützung integriert, es gibt aber nur wenige Versuche, seinen Status innerhalb des Unterstützungskonzepts mit den Mitteln der empirischen Forschung zu klären. Insbesondere das Institutionenvertrauen fand in diesem Kontext kaum Beachtung, und erst recht trifft diese Feststellung für das Vertrauen zu verschiedenen Arten politischer Institutionen zu. Dennoch kann

man bei der Analyse der Bedeutung des Institutionenvertrauens in der Theorie politischer Unterstützung auf einige Vorarbeiten zurückgreifen. So zeigten Lipset und Schneider (1983), dass sich das Vertrauen zu politischen Institutionen in den USA nicht völlig unabhängig vom Vertrauen zu politischen Akteuren entwickelte und auch Differenzen im Niveau dieser beiden Arten des Vertrauens existieren.

Wenn man die Überlegungen über die Beziehung zwischen dem Vertrauen zu PolitikerInnen und zu politischen Institutionen systematisch weiter treibt, dann erweist sich die empirisch nachgewiesene Unterscheidung zwischen dem Vertrauen zu rechtsstaatlichen und parteienstaatlichen Institutionen als besonders relevant. Da PolitikerInnen in allen westlichen Demokratien als VertreterInnen politischer Parteien perzipiert werden, und da die rechtsstaatlichen Institutionen in einer Demokratie nicht dem Einfluss von ParteipolitikerInnen ausgesetzt sein sollten, erscheint die folgende Erwartung plausibel: Das Vertrauen zu parteienstaatlichen Institutionen korreliert wesentlich stärker als das Vertrauen zu rechtsstaatlichen Institutionen mit dem PolitikerInnen-Vertrauen.

Auf der anderen Seite sind die Demokratie und der Rechtsstaat zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dies legt die Annahme einer positiven Beziehung zwischen der Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell und dem Vertrauen zu rechtsstaatlichen Institutionen nahe. Über den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen zu parteienstaatliche Institutionen und der Befürwortung der Demokratie als Form politischer Ordnung lassen sich keine eindeutigen Annahmen formulieren. Auf der Basis einer Sicht politischer Unterstützung als generelles Orientierungssyndrom kommt man eher zur Erwartung einer positiven Beziehung als auf der Basis der Vorstellung, dass es sich bei der Einstellung zur Demokratie als Ordnungsmodell nicht um eine Schönwetterattitüde handelt, die mit der Bewertung politischer Akteure und in den Parteienkonflikt involvierter Institutionen variiert (Almond/Verba 1965, 196; Easton 1975, 448ff.). Genau umgekehrt stellt sich die Konstellation bei der Zufriedenheit mit der Demokratie dar, die vermutlich stärker vom Vertrau-

en zu den für die Gestaltung der Alltagspolitik zuständigen Akteuren und Institutionen abhängt als vom Verhältnis zu Polizei und Justiz. Die für die Bewertung der Performanz von Demokratien maßgeblichen Kriterien betreffen sowohl die Leistungen der parteienstaatlichen Institutionen (ökonomische Effizienz) als auch die Arbeit von Polizei und Justiz (Sicherheit und Ordnung), sodass diese Orientierungen etwa gleich stark mit den beiden Komponenten des Institutionenvertrauens verbunden sein sollten. Aus der Interpretation des Vertrauens als Komponente (diffuser) politischer Unterstützung er-

gibt sich die weitere Erwartung, dass sämtliche hier untersuchten Orientierungen zumindest leicht positiv mit allen Aspekten des Institutionenvertrauens zusammenhängen.

Die Behandlung des Institutionenvertrauens als Komponente politischer Unterstützung wird durch die Ergebnisse in Tabelle 3 eher gestützt als widerlegt, wenn auch nicht ohne Einschränkungen. Mehr als zwei Drittel der berechneten Beziehungsmaße sind statistisch signifikant und positiv, deuten also auf eine Interdependenz der untersuchten Elemente des Orientierungssystems der Bevölkerung hin. In den meisten

Tabelle 3. Korrelate des Institutionenvertrauens, 1995–1997: Aspekte politischer Unterstützung
(Angaben: Korrelationskoeffizienten)

		Politiker	Demokratie-zufriedenheit	Effizienz der Demokratie	Akzeptanz eines demokratischen Regimes	Ablehnung ordnungspolitischer Alternativen
WD	Parteienstaat	.49**	.36**			
	Rechtsstaat	.36**	.25**	-.08*	.09*	.15**
	generell	.53**	.43**			.19**
OD	Parteienstaat	.42**	.37**			
	Rechtsstaat	.28**	.28**		.09*	.11**
	generell	.47**	.45**	.11**		.10**
CH	Parteienstaat	.48**	.35**	.21**	.10*	
	Rechtsstaat	.30**	.25**	.09*		.10*
	generell	.49**	.42**	.21**		.13**
N	Parteienstaat	.42**	.43**	.22**	.09**	
	Rechtsstaat	.22**	.16**	.08*	.15**	
	generell	.45**	.46**	.26**		.14**
S	Parteienstaat	.47**	.55**	.21**	.24**	-.20**
	Rechtsstaat	.29**	.29**	.09*	.12**	
	generell	.48**	.58**	.27**	.19**	.28**
SPA	Parteienstaat	.29**	.23**			
	Rechtsstaat	.13**				.17**
	generell	.34**	.28**			.08*
USA	Parteienstaat	.29**	.35**	.07*		.07*
	Rechtsstaat	.16**	.16**		.09**	
	generell	.32**	.37**	.09**	-.08**	

Quelle: World Values Survey III (1995–97)

Anmerkung: ** = signifikant auf dem Niveau von 0,01; * = signifikant auf dem Niveau von 0,05

Fällen hängt das generalisierte Institutionenvertrauen etwas stärker mit anderen Aspekten politischer Unterstützung zusammen als es für seine spezifischen Ausprägungen, das Vertrauen zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat, gilt. Dies hat vermutlich sowohl theoretische als auch methodische Gründe. Das Konstrukt „Institutionenvertrauen“ repräsentiert eine generalisierte Beziehung der BürgerInnen zur Politik; insofern ist es plausibel, wenn es mit anderen generalisierten Orientierungen (Einstellungen zur Demokratie) etwas enger zusammenhängt als das Vertrauen zu spezifischen Institutionen. Zudem sinkt mit der Zahl der in einen Index einbezogenen Items der Messfehler, was sich ebenfalls in eindeutigeren Beziehungsmustern niederschlägt. Besonders eng hängt das Institutionenvertrauen mit dem Vertrauen zu PolitikerInnen und der Systemzufriedenheit zusammen, in Skandinavien und der Schweiz bestehen zudem moderat positive Beziehungen zur Bewertung der Problemlösungsfähigkeit von Demokratien. Die Einstellung zur Demokratie als Ordnungsmodell ist weitgehend unabhängig vom Vertrauen in Institutionen. Vor diesem Hintergrund spiegelt das Institutionenvertrauen eher die Einstellungen zu den jeweiligen Inhabern politischer Führungspositionen als zum politischen Regime wider (zu dieser Unterscheidung: Craig/Niemi/Silver 1990; vgl. auch Feldman 1983; Hetherington 1998; Hill 1981).

Die für das Institutionenvertrauen insgesamt getroffenen Feststellungen gelten in etwas abgeschwächter Form auch für das Vertrauen zu den Institutionen des Parteienstaates, das – wie erwartet – in sämtlichen untersuchten Ländern relativ stark mit dem Vertrauen zu PolitikerInnen und der Systemzufriedenheit zusammenhängt. Außer in Skandinavien und den Vereinigten Staaten fällt die Beziehung zwischen dem Vertrauen zum Parteienstaat und den PolitikerInnen stärker aus als der Zusammenhang zwischen der Systemzufriedenheit und der Einstellung zu den Institutionen des Parteienstaates. Diese Konstellation reflektiert die im Vergleich mit Europa deutlich schwächere parteienstaatliche Durchdringung der amerikanischen Demokratie, während das für in Norwegen und Schweden ermittelte Ergebnis durch institutionelle bzw. prozes-

suale Faktoren nicht zu erklären ist, aber auch insoweit keiner besonderen Erklärung bedarf, als die Beziehung zwischen dem PolitikerInnen-Vertrauen und der Unterstützung der parteienstaatlichen Institutionen ähnlich stark ausfällt wie in den meisten anderen europäischen Demokratien (ähnlich für Deutschland: Gabriel 1999). Mit den übrigen Aspekten politischer Unterstützung ist das Vertrauen zum Parteienstaat nicht konsistent verbunden, nur in der Schweiz und Skandinavien hängt es moderat mit der Bewertung der Effizienz einer demokratischen Ordnung zusammen.

Mit Ausnahme von Spanien korreliert das Vertrauen zum Rechtsstaat in allen Ländern ebenfalls positiv mit dem PolitikerInnen-Vertrauen und der Systemzufriedenheit, jedoch sind die Zusammenhänge ausnahmslos erheblich schwächer ausgeprägt als zuvor. In fünf der sieben untersuchten Einheiten besteht eine schwache Beziehung zwischen den Einstellungen zur Demokratie als Ordnungsmodell bzw. der Ablehnung ordnungspolitischer Alternativen. Dieses Ergebnis bestätigt allerdings nur bedingt unsere Erwartung, nach der Demokratie und Rechtsstaat im Bewusstsein der Öffentlichkeit zusammengehören (vgl. Tabelle 3).

Die Ergebnisse der Analyse der Beziehung des Vertrauens zu den Institutionen des Rechtsstaates und des Parteienstaates zu anderen Komponenten politischer Unterstützung sprechen für eine gewisse Eigenständigkeit dieser beiden Komponenten des Institutionenvertrauens und untermauern insofern die Ergebnisse der Faktorenanalyse. Auf der anderen Seite deuten sie in Tabelle 3 auf das Vorhandensein einer generellen Dimension „Institutionenvertrauen“ hin, wie wir sie ebenfalls bereits in der Faktorenanalyse identifizierten. Eine zweite Folgerung ergibt sich aus den bisher präsentierten Ergebnissen: Im Sinne von Craig, Niemi und Silver (1990) handelt es sich beim Institutionenvertrauen – auch beim Vertrauen zu einzelnen Institutionenkomplexen – um eine eher in der Bewertung der AmtsinhaberInnen als in ordnungspolitischen Grundüberzeugungen verankerte Orientierung. In Eastons Klassifikation von Unterstützungsarten steht das Vertrauen zu den politischen Institutionen den Einstellungen

zur amtierenden Führung näher als der diffusen Unterstützung des politischen Regimes. Es ist allerdings auch mit den Orientierungen auf das politische Regime verbunden, wobei es sich weniger um eine Verbindung mit ordnungspolitischen Grundüberzeugungen als um einen Zusammenhang mit der Bewertung des aktuellen Erscheinungsbildes der Demokratie handelt.

Im Gesamtzusammenhang der Theorie politischer Unterstützung nimmt das Institutionenvertrauen somit eine eigenständige Position zwischen den Orientierungen auf das Regime und die AmtsinhaberInnen ein. Ob es sich bei dieser Einstellung um eine Akkumulation positiver Erfahrungen mit den Leistungen der amtierenden politischen Führung handelt oder gar – wie Klingemann (1999) und Dalton (1999) behaupten – um eine rein instrumentelle Beziehung zum politischen System bzw. den AmtsinhaberInnen handelt, lässt sich auf der Basis unserer Analyse nicht sagen. Gegen eine rein instrumentelle Sicht spricht, dass das Institutionenvertrauen mit der Bewertung der Performanz von Demokratien wesentlich schwächer und inkonsistenter zusammenhängt als mit anderen Orientierungen. Gegen eine Kategorisierung als Regimeorientierung sprechen fast alle hier vorgelegten Ergebnisse.

3.5 Sozialkapital und Institutionenvertrauen

Die schon lange geführte Diskussion über die Vertrauenskrise in den westlichen Demokratien fand durch die Arbeiten im Kontext des Sozialkapitalkonzeptes eine neue Ausrichtung. Hatte man den Vertrauensverlust der Politik in den zwischen 1970 und 1990 publizierten Arbeiten auf Performanzdefizite der Politik, die parteipolitische Polarisierung, das Aufkommen postmaterialistischer Wertorientierungen oder die negativistische Berichterstattung der Massenmedien zurückgeführt (vgl. die Zusammenfassung dieser Diskussion bei Kaase/Newton 1995; Norris 1999; Nye 1997; Putnam/Pharr/Dalton 2000), so stellte Putnam in seinen Analysen andere Faktoren in den Vordergrund, nämlich den Zerfall des Sozialkapitals bzw. – mit Blick auf die USA – das Aussterben der Civic Generation (besonders: Putnam 2000). Putnams

Interpretation der Vertrauenskrise setzt prinzipieller an als die im Kontext des Unterstützungskonzepts entstandenen Arbeiten. Er bringt das politische Vertrauen in Zusammenhang mit grundlegenden Persönlichkeitscharakteristika, insbesondere mit dem interpersonalen Vertrauen und der Unterstützung prosozialer Werte und Normen. Allerdings betrachtet er das soziale Vertrauen als die Schlüsselgröße des Sozialkapitals (Putnam 2000, 134).

Das Sozialkapitalkonzept postuliert demnach einen Zusammenhang zwischen dem sozialen Vertrauen und der Unterstützung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen auf der einen Seite und Institutionenvertrauen auf der anderen Seite. Soweit es um das soziale Vertrauen geht, kommt diese Beziehung durch Generalisierungsprozesse zustande, die man auch als schrittweise Umwandlung von „thick trust“ in „thin trust“ interpretieren kann. Positive Erfahrungen mit dem sozialen Umfeld veranlassen das Individuum dazu, den politischen Autoritäten und Institutionen den für ein effektives politisches Handeln benötigten Vertrauensvorschuss einzuräumen. Dies geschieht in der festen Überzeugung, dass die damit erbrachte riskante Vorleistung gerechtfertigt ist und dass die politischen Autoritäten den ihnen gewährten Kredit nicht missbräuchlich verwenden.

Allerdings ist die Annahme der Umwandlung von sozialem in politisches Vertrauen in der Forschung umstritten. Vor allem Hardin (1999) kritisiert die Vorstellung, zwischen Individuen bestehende Vertrauensbeziehungen würden quasi automatisch auf politische Institutionen übertragen. Nicht allein das Generalisierungsmodell gab Anlass zur Kritik, sondern auch der zwischen sozialem und politischem Vertrauen bestehende Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ist alles andere als klar. Alternativ zur Generalisierungshypothese ist es ebenso gut vorstellbar, dass das politische Vertrauen interpersonales Vertrauen erzeugt (vgl. Offe 1999). Den als weiteren Komponenten des Sozialkapitals interpretierten Orientierungen, der Unterstützung prosozialer Werte und Normen, schreibt Putnam die gleichen Funktionen zu wie dem sozialen Vertrauen. Je stärker diese Überzeugungen ausgeprägt sind, desto größer müss-

te das Vertrauen in politische Institutionen ausfallen.

Wenn man – wie im vorigen Abschnitt – den Anteil statistisch signifikanter, theoriekonformer Beziehungen zum Maßstab für die Sinnhaftigkeit einer Fundierung des Institutionenvertrauens im Sozialkapitalkonzept nimmt, dann muss die Gesamtbilanz ziemlich kritisch ausfallen. Lediglich in der Hälfte aller Fälle wurden statistisch signifikante Beziehungen ermittelt, die aber per Saldo erheblich schwächer sind als die bei der Einbettung des Vertrauens in das Unterstützungskonzept erzielten Ergebnisse. Mit der Unterstützung prosozialer Werte hat das Institutionenvertrauen, wie auch immer kon-

zeptualisiert, nichts zu tun, und zum sozialen Vertrauen und der Unterstützung prosozialer Normen bestehen nur mäßige Verbindungen.

Dennoch wäre es voreilig, die Versuche einer Verortung des Institutionenvertrauens im Sozialkapitalansatz allein auf Grund dieser Resultate zu verwerfen. Eine gewisse Zurückhaltung bei der Beurteilung der Tragfähigkeit eines derartigen Unterfangens ist allein deshalb angebracht, weil sämtliche Sozialkapitalvariablen nur unzulänglich gemessen wurden und eine adäquatere Messung wesentlich klarere Beziehungen zwischen dem sozialen und dem politischen Vertrauen zu Tage fördert (Gabriel/Kunz 2002).

Tabelle 4. Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Institutionenvertrauen, 1995–1997
(Angaben: Korrelationskoeffizienten)

		Soziales Vertrauen	Soziale Werte	Soziale Normen
WD	Parteienstaat	.10**		.20**
	Rechtsstaat			.26**
	generell	.19**		.12**
OD	Parteienstaat			
	Rechtsstaat			.18**
	generell	.07**	.07*	
CH	Parteienstaat	.16**	.06*	.09**
	Rechtsstaat			.14**
	generell	.16**	.08*	.09**
N	Parteienstaat	.15**	.09**	
	Rechtsstaat			.13**
	generell	.21**	.11**	
S	Parteienstaat	.15**		
	Rechtsstaat	.12**		
	generell	.20**		.09**
SPA	Parteienstaat	.12**		
	Rechtsstaat			.13**
	generell	.12**		
USA	Parteienstaat	.07**		
	Rechtsstaat	.07**		.14**
	generell	.10**		

Quelle: World Values Survey III (1995–97)

Anmerkung: ** = signifikant auf dem Niveau von 0,01; * = signifikant auf dem Niveau von 0,05

Noch ein weiterer Grund spricht dafür, die Rolle des Institutionenvertrauens im Kontext der Sozialkapitaldebatte weiter zu verfolgen. Anders als bei der Auseinandersetzung mit dem Unterstützungskonzept zeigt sich nämlich nunmehr eine verschiedenartige Einbettung des Vertrauens zu parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen. Außer in Ostdeutschland hängt das Vertrauen zu parteienstaatlichen Institutionen in einer zwar schwachen, aber konsistenten Beziehung zum interpersonalen Vertrauen, während dieses sowie das Vertrauen zu rechtsstaatlichen Institutionen nur ausnahmsweise (Schweden, USA) miteinander verbunden sind. Dagegen hängt das Vertrauen zum Rechtsstaat nur in Schweden nicht mit der Unterstützung prosozialer Normen zusammen, die ihrerseits nur in Deutschland und der Schweiz mit einer positiven Orientierung auf den Parteienstaat verknüpft ist. Auch dort bestehen aber stärkere Verbindungen zwischen dem Vertrauen in den Rechtsstaat und der Unterstützung prosozialer Normen (vgl. Tabelle 4).

Diese Wechselbeziehung zwischen der Unterstützung prosozialer Normen und dem Vertrauen zum Rechtsstaat ist nicht überraschend, weil die Ablehnung von Verstößen gegen soziale und politische Normen (Steuerhinterziehung, Schwarzfahren, Kauf gestohlener Waren) den Funktionskreis der rechtsstaatlichen Institutionen unmittelbar berührt. Die Aufgabe von Polizei und Justiz besteht darin, Verstöße gegen Verhaltensnormen zu sanktionieren. Die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe durch öffentliche Institutionen setzt Vertrauen voraus und fördert es zugleich.

Ein interessantes Ergebnis ist, dass das interpersonale Vertrauen in allen untersuchten Ländern in einem stärkeren Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen im allgemein steht als mit den Orientierungen auf spezifische Institutionen. Offenbar existiert in den Köpfen der BürgerInnen ein generalisiertes Vertrauen, welches deren Verhältnis zu den politischen Institutionen stärker bestimmt als die Bewertung spezifischer Funktionen. Auch dieses Ergebnis spricht gegen eine instrumentalistische Verkürzung des Vertrauenskonzepts,

wie wir sie bei Klingemann (1999) und Dalton (1999) finden.

Auf den ersten Blick lässt sich das Institutionenvertrauen besser in Eastons Unterstützungskonzept verorten als im Sozialkapitalansatz. Wenn man jedoch die funktionale Differenzierung des politischen Regimes in parteienstaatliche und rechtsstaatliche Institutionen in Rechnung stellt, ändert sich das Bild. In diesem Falle zeigt sich nämlich, dass Institutionenvertrauen nicht gleich Institutionenvertrauen ist. Vielmehr basiert das Vertrauen der Bevölkerung zum Rechtsstaat auf anderen Faktoren als das Vertrauen zum Parteienstaat: Im ersten Falle spielt das interpersonale Vertrauen die größere Rolle, im zweiten Falle steht die Unterstützung prosozialer Werte im Vordergrund. Das Unterstützungskonzept gibt eine geeignete Grundlage für die Verortung des Institutionenvertrauens im allgemeinen ab, das Sozialkapitalkonzept dagegen führt zu den unterschiedlichen kulturellen Wurzeln des Vertrauens zu parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen.

4. Zusammenfassung und Diskussion

Der Gegenstand unserer Analyse war das Vertrauen in politische Institutionen und es wurde versucht, zwei allgemeine Fragen zu klären: Erstens, in welchem theoretischen Kontext kann dieses Institutionenvertrauen angemessener konzeptualisiert und analysiert werden: im Kontext des Sozialkapitals oder im Kontext politischer Unterstützung? Zweitens, welche Bedeutung kann dem Vertrauen in politische Institutionen gegeben werden? Wir haben beide Fragen auf einer theoretischen und empirischen Ebene analysiert und wenden uns zunächst der theoretischen Ebene zu.

Im Kontext des Sozialkapitalkonzeptes ist die grundlegende Prämisse, dass die Basis jeglichen Vertrauens in interpersonalem Vertrauen besteht, im Vertrauen in bekannte Andere. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass das Vertrauen in politische Institutionen in irgendeiner Weise als eine Ausdehnung oder Erweiterung des interpersonalen Vertrauens begriffen wer-

den muss. Dieses so entstandene Institutionenvertrauen kann dann wiederum die Funktion der Koordination sozialen Handelns auch zwischen Fremden erfüllen. Allerdings ist diese Ausdehnung oder Erweiterung vom interpersonalen Vertrauen auf das Vertrauen in politische Institutionen bislang noch nicht befriedigend konzeptualisiert worden.

Einen interessanten und plausiblen Vorschlag zum Problem der Koordination sozialen Handelns von BürgerInnen, die Fremde zueinander sind, und der Bestimmung des Vertrauens in politische Institutionen hat Offe (1999) unterbreitet, den in seinen Grundzügen auch Warren (1999b) aufgreift. Nach diesem Vorschlag ist es die normative Überzeugungskraft, welche die in den Institutionen inkorporierten Werte und Normen haben, die einen Bürger oder eine Bürgerin dazu veranlassen, anderen BürgerInnen – die für ihn bzw. sie Fremde sind – zu vertrauen, sofern sie im Rahmen dieser Institutionen handeln. Er/sie entwickelt eine Vorstellung, die auch im Rahmen des Konzeptes politischer Unterstützung formuliert und dort unseres Erachtens genauer ausgearbeitet worden ist. Die subjektive Entsprechung von Werten und Normen mit den politischen Institutionen oder dem politischen Regime ist das, was in diesem Konzept als Legitimität bezeichnet wird. Die als legitim angesehenen Institutionen implizieren normative Erwartungen an das Handeln der BürgerInnen, und aufgrund dieser Legitimität kann berechtigterweise erwartet werden, dass diesen normativen Erwartungen auch Folge geleistet wird.

Neben der Legitimität ist in dem Konzept politischer Unterstützung eine weitere Einstellung zu den politischen Institutionen postuliert worden. Diese wird „trust“ genannt und entsteht aus andauernden positiven Erfahrungen mit den Handlungen verschiedener politischer EntscheidungsträgerInnen, die generalisiert und den politischen Institutionen oder dem Regime zugerechnet werden. Diese Generalisierung stellt eine Art Ausdehnung oder Erweiterung der Erfahrungen mit Personen auf die politischen Institutionen dar und scheint somit dem Kriterium des Sozialkapitalansatzes zur Bestimmung des Institutionenvertrauens zu entsprechen.

Allerdings sind die politischen EntscheidungsträgerInnen, die in diesem Falle der Ausgangspunkt der Generalisierung sind, nicht bekannte Andere, sondern ebenfalls Fremde. Die Frage, wie man von dem „thick trust“ im Sinne des interpersonalen Vertrauens zu einem Vertrauen in politische Institutionen kommt, kann dem gemäß auch im Kontext des Konzeptes der politischen Unterstützung nicht beantwortet werden – aber in diesem Kontext ist man zu einer derartigen Antwort auch nicht genötigt.

Nach dem Konzept der politischen Unterstützung kann eine Bürgerin oder ein Bürger den politischen Institutionen also deshalb „vertrauen“, weil diese Institutionen das Handeln der anderen politischen Akteure so restringieren, dass dieses Handeln selbst und bestimmte Handlungsergebnisse mit einer mehr oder weniger großen Sicherheit erwartbar werden. Diese Erwartungssicherheit beruht zum einen auf der Legitimität der Institutionen und zum anderen auf „trust“ in die Institutionen. Sie hat im ersten Falle eine moralische und im zweiten Falle eine instrumentelle Basis. Die Legitimität und das Vertrauen in die politischen Institutionen sind zugleich die maßgeblichen Gründe für die Persistenz dieser Institutionen.

Im empirischen Teil unserer Studie wurden die im theoretischen Teil angesprochenen Fragen soweit analysiert, wie das auf der Grundlage der verfügbaren Indikatoren möglich war. Der erste Analyseschritt bestand in einer Einordnung einer Reihe von Indikatoren des Vertrauens in politische Institutionen in den Gesamtzusammenhang politischer Unterstützung. Die Indikatoren erfassen wichtige Aspekte der Unterstützung eines demokratischen Systems, die Präferenz für die Demokratie als Herrschaftsordnung, die Bewertung der Performanz der Demokratie, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems sowie das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure. Die von uns durchgeführten Faktorenanalysen erbrachten zwei wichtige Befunde: erstens, dass sich ein genereller Faktor des Institutionenvertrauens identifizieren lässt, und zweitens, dass in der Sicht der BürgerInnen zwei Subdimensionen des politischen Vertrauens existieren, die der funktionalen Differenzierung des

politischen Systems entsprechen, und zwar Vertrauen in parteienstaatliche Institutionen und Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen. Dieses empirische Ergebnis bedeutet zunächst einmal, dass das Institutionenvertrauen weder in der Einstellung zum Regime noch in der Einstellung zu den EntscheidungsträgerInnen aufgeht, sondern offenbar eine eigenständige Beziehung der BürgerInnen zum politischen System darstellt. Damit ist allerdings noch nicht geklärt, um welche Einstellung es sich dabei handelt.

Zu einer genaueren Kennzeichnung einer Einstellung im Konzept der politischen Unterstützung kann die Differenzierung zwischen unterschiedlichen Einstellungsobjekten und zwischen unterschiedlichen Einstellungsmodi herangezogen werden (Fuchs 1989). Die Einstellungsobjekte der Vertrauensindikatoren sind jeweils spezifische Institutionen wie die Regierung, das Parlament, die Polizei etc. In der Theorie von Easton (1965, 1975) sind die einzelnen Institutionen nicht dem Regime zugeordnet, da dieses aus dem institutionellen *Muster* besteht. Wie die Institutionen als Objekt des politischen Systems einzustufen sind, wird bei Easton letztlich offen gelassen. Man kann aber plausiblerweise annehmen, dass die Einstellung zu den *einzelnen* Institutionen *zwischen* der Einstellung zum Regime und der zu den Entscheidungsträgern liegt. Diese Annahme konnte durch eine Analyse der Korrelate des Institutionenvertrauens empirisch bestätigt werden.

Als die zweite Möglichkeit einer Lokalisierung einer Einstellung im Konzept der politischen Unterstützung wurde die Differenzierung in Einstellungsmodi angegeben. Diese Modi beruhen auf unterschiedlichen Standards, mit denen die politischen Objekte bewertet werden, und die in unserem Analysekontext interessierenden Standards sind ein instrumenteller und ein moralischer. Die auf einer moralischen Grundlage beruhende Bewertung des Regimes wurde an anderer Stelle als Legitimität bezeichnet und die auf einer instrumentellen Grundlage beruhende Bewertung als „trust“. Leider sind in dem von uns analysierten World Values Survey keine Indikatoren vorhanden, welche die beiden Formen der Unterstützung des Regimes

messen können, sondern lediglich Indikatoren, die ganz allgemein nach der Zufriedenheit mit dem politischen System fragen. Wir müssen deshalb die Frage offen lassen, welche der beiden grundlegenden Einstellungsmodi die Vertrauensindikatoren eher erfassen.

Der Gesichtspunkt der Einstellungsmodi führt zu einer wichtigen Fragestellung, die sich bei der Konzeptualisierung des Institutionenvertrauens im Bezugfeld des Sozialkapitalansatzes einerseits und des Unterstützungsansatzes andererseits ergibt und die ebenfalls nicht empirisch analysiert werden kann. Bei der Unterscheidung der Einstellungsmodi wurden lediglich auf solche zurückgegriffen, die im Kontext des Konzeptes politischer Unterstützung definiert worden sind. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass es einen Einstellungsmodus gibt, der dadurch nicht berücksichtigt wird und der besser zu dem Konzept des Sozialkapitals passt. Die konkrete Fragestellung kann folgendermaßen formuliert werden: Evoziert die *Frage* nach dem Vertrauen einen eigenständigen Bewertungsstandard, der zu einer validen Messung des *Konstruktes* des Vertrauens im Sozialkapitalansatz führt? Die Besonderheit dieses Konstruktes haben wir bereits ausführlich erläutert und wollen sie an dieser Stelle nur noch einmal kurz zusammenfassen. Sie liegt in der risikoreichen und zukünftigen Erwartung, dass die Institutionen aufgrund der ihnen zugrunde liegenden Prinzipien und aufgrund der mit ihnen verbundenen Verfahren mit einiger Sicherheit bestimmte Handlungen der anderen politischen Akteure bewirken und zu bestimmten Ergebnissen dieser Handlungen führen, sodass ihnen „vertraut“ werden kann. Dabei stellt sich die Frage, ob eine derart komplexe Einstellung zu den Institutionen durch die Verwendung des Wortes „Vertrauen“ in den Indikatoren erfasst werden kann. Von der Beantwortung dieser Frage hängt aber ab, ob das Konstrukt des Vertrauens aus dem Sozialkapitalansatz überhaupt einer empirischen Analyse zugeführt werden kann. Die alternative Interpretation der Bedeutung der Indikatoren zum Institutionenvertrauen besteht darin, dass diese lediglich eine generalisierte Einstellung zu den Institutionen messen. Hinsichtlich der Validität

dieser Indikatoren besteht also noch einiger Forschungsbedarf.

ANMERKUNGEN

- 1 Stolle vertritt in diesem Heft hingegen die These, dass die Logik der Generalisierung im *generalized trust*-Ansatz entwickelt wurde.
- 2 Die Daten der vierten Welle des World Values Surveys sind für Sekundäranalysen noch nicht freigegeben und andere international vergleichende Daten existieren nicht.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abramson*, Paul R. (1983). *Political Attitudes in America. Formation and Change*. San Francisco.
- Almond*, Gabriel A./G. Bingham Powell /Kaare Strom/ Russell J. Dalton (2000). *Comparative Politics Today. A World View*, New York.
- Almond*, Gabriel A./Sidney Verba (1965). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston.
- Anderson*, Christopher/Christine A. *Guillory* (1997). *Political Institutions and Satisfaction with Democracy: A Cross National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems*, in: *American Political Science Review*, 91(1), 66–81.
- Citrin*, Jack (1974): *Comment: The political relevance of trust in government*, in: *American Political Science Review*, 68(3), 973–1001.
- Coleman*, James (1990). *Foundations of Social Theory*, Cambridge, Mass.
- Craig*, Stephen C./Richard G. Niemi/Glenn E. Silver (1990). *Political Efficacy and Trust*, in: *Political Behavior*, 12(3), 289–314.
- Dalton*, Russell J. (1999). *Political Support in Advanced Industrial Democracies*, in: Pippa Norris (Hg.): *Critical citizens. Global support for democratic government*, Oxford, 57–77.
- Dekker*, Paul/Andries van den Broek (1996). *Volunteering and Politics: Involvement in Voluntary Associations from a 'Civic Culture' Perspective*, in: Loek Halman/Neil Nevitte (Hg.): *Political Value Change in Western Democracies. Integration, Values, Identification, and Participation*, Tilburg, 125–151.
- Easton*, David (1965). *A Systems Analysis of Political Life*, New York (2. Auflage 1979).
- Easton*, David (1975). *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*, in: *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457.
- Feldman*, Stanley (1983). *The Measurement and Meaning of Trust in Government*, in: *Political Methodology*, 9(3), 341–355.
- Fuchs*, Dieter (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.
- Fuchs*, Dieter (2002a). *Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht*, in: Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Wessels (Hg.): *Bürger und Demokratie in Ost und West*, Wiesbaden, 27–49.
- Fuchs*, Dieter (2002b). *Die politische Theorie der Systemanalyse: David Easton*, in: André Brodocz/Gary S. Schaal (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart I*, Opladen, 345–369.
- Gabriel*, Oscar W. (1999). *Integration durch Institutionenvertrauen?*, in: Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski (Hg.): *Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Wiesbaden, 199–235.
- Gabriel*, Oscar W/Volker Kunz (2002). *Die Bedeutung des Sozialkapitalansatzes für die Erklärung des politischen Vertrauens*, in: Rainer Schmalz-Brunns/Reinhard Zintl (Hg.): *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*. Baden-Baden, 255–274.
- Hardin*, Russell (1999). *Do We Want Trust in Government?*, in: Mark E. Warren (Hg.): *Democracy and Trust*, Cambridge, MA, 22–41.
- Hetherington*, Marc J. 1998. *The Political Relevance of Political Trust*, in: *American Political Science Review*, 92(4), 701–808.
- Hill*, David (1981). *Attitude Generalization and the Measurement of Trust in American Leadership*, in: *Political Behavior*, 3(3), 257–270.
- Kaase*, Max/Kenneth Newton (1995). *Beliefs in Government, Volume 1: Citizens and the state*, Oxford.
- Klingemann*, Hans-Dieter (1999). *Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis*, in: Pippa Norris (Hg.): *Critical citizens. Global support for democratic government*, Oxford, 31–56.
- Lipset*, Seymour Martin/William Schneider (1983). *The Confidence Gap. Business, Labor and Government in the Public Mind*, New York/London.
- Listhaug*, Ole/Matti Wiberg (1995). *Confidence in Political and Private Institutions*, in: Max Kaase/Kenneth Newton. *Beliefs in Government, Volume 1: Citizens and the state*, Oxford, 298–322.
- Luhmann*, Niklas (2000). *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart (4. Auflage).
- MacIntyre*, Alasdair C. (1985). *After Virtue. A study in moral theory*, London.
- McAllister*, Ian (1999). *The Economic Performance of Governments*, in: Pippa Norris (Hg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford, 188–203.
- Miller*, Arthur H. (1974a). *Political issues and trust in government: 1964–1970*, in: *American Political Science Review*, 68(3), 951–972.
- Miller*, Arthur H. (1974b). *Rejoinder to "Comment" by Jack Citrin: Political Discontent or Ritualism?*, in: *American Political Science Review*, 68(3), 989–1001.
- Miller*, Arthur H. (1983). *Is Confidence Rebounding?*, in: *Public Opinion*, 47(1), 16–21.

- Misztal*, Barbara (1996). *Trust in Modern Societies. The Search for the Bases of Social Order*, Cambridge, MA.
- Newton*, Kenneth/Pippa *Norris* (2000). *Confidence in Public Institutions. Faith, Culture, or Performance*, in: Susan J. *Pharr*/Robert D. *Putnam* (Hg.): *Disaffected Democracies. What's Troubling in the Trilateral Countries*, Princeton, 52–73.
- Norris*, Pippa (1999). *Critical citizens. Global support for democratic government*, Oxford.
- Nye*, Joseph S. (1997). *Why people don't trust government*, Cambridge, Mass.
- Offe*, Claus (1999). *How Can We Trust Our Fellow Citizens?*, in: Mark E. *Warren* (Hg.): *Democracy and Trust*, Cambridge, Mass, 42–87.
- Pickel*, Gert/Dieter *Walz* (1995). *Politisches Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive*, in: *Journal für Sozialforschung*, 35(2), 145–155.
- Putnam*, Robert D. (1993). *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, N.J.
- Putnam*, Robert D. (1995a). *Bowling Alone: America's Declining Social Capital*, in: *Journal of Democracy*, 6, 65–78.
- Putnam*, Robert D. (1995b). *Tuning in, Tuning out: The Strange Disappearance of Social Capital in America*, in: *Political Science and Politics*, 28(4), 664–683.
- Putnam*, Robert D. (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- Putnam*, Robert D. (Hg.) (2001). *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Gütersloh.
- Putnam*, Robert D./Susan J. *Pharr*/Russel J. *Dalton* (2000). *Disaffected Democracies*, Princeton, N.J.
- Robinson*, Michael J. (1976). *Public Affairs Television and the Growth of Political Malaise: The Case of "The Selling of the Pentagon"*, in: *American Political Science Review*, 70(2), 409–432.
- Sandel*, Michael J. (1982). *Liberalism and Limits of Justice*, Cambridge.
- Taylor*, Charles (1985). *Philosophy and Human Sciences. Philosophical Papers 2*, Cambridge, MA.
- Walz*, Dieter (1997). *Einstellungen zu den politischen Institutionen*, in: Oscar W. *Gabriel* (Hg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen, 147–165.
- Warren*, Mark E. (1999a). *Introduction*, in: Mark E. *Warren* (Hg.): *Democracy and Trust*, Cambridge, Mass., 1–21.
- Warren*, Mark E. (1999b). *Conclusion*, in: Mark E. *Warren* (Hg.): *Democracy and Trust*, Cambridge, Mass., 346–360.
- Warren*, Mark E. (Hg.) (1999c). *Democracy and Trust*, Cambridge, Mass.
- Weil*, Frederick D. (1989). *The Sources and Structure of Legitimation in Western Democracies: A Consolidated Model Tested with Time-Series Data in Six Countries since World War II*, in: *American Sociological Review*, 54(5), 682–706.

AUTORINNEN

Dieter FUCHS, geb. 1946. Seit 2001 Lehrstuhlinhaber am Institut für Sozialwissenschaften (Abteilung für Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung) an der Universität Stuttgart.

Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie, Empirische Demokratieforschung.

Publikationen: Fuchs, Dieter/Edeltraud Roller/Bernhard Wessels (Hg.) (2002): *Bürger und Demokratie in Ost und West*, Wiesbaden; Fuchs, Dieter/Hans-Dieter Klingemann (2002): *Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe*, in: Peter Mair/Jan Zielonka (Hg.): *The Enlarged European Union*, London/Portland, OR, 19 ff.

Adresse: Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft II, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart

Email: Dieter.Fuchs@po.pol.uni-stuttgart.de

Oscar W. GABRIEL, geb. 1947. 1972 Diplom im Fach Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, 1975 Promotion im Fach Soziologie an der Universität Hamburg, 1983 Habilitation im Fach Politikwissenschaft an der Universität Mainz, seit 1992 Lehrstuhlinhaber am Institut für Sozialwissenschaften (Abteilung für Politische Systeme und Politische Soziologie) an der Universität Stuttgart, davor Professuren für Politikwissenschaft an den Universitäten Mainz und Bamberg.

Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Wahl- und Einstellungsforschung, Kommunalpolitikforschung.

Publikationen: Falter, Jürgen W./Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hg.) (2000): *Wirklich ein Volk*, Opladen; Gabriel, Oscar W./Volker Kunz/Sigrid Roßteutscher/Jan W. van Deth (2002): *Sozialkapital und Demokratie*, Wien.

Adresse: Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft I, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart

Email: oscar.w.gabriel@po.pol.uni-stuttgart.de

Kerstin VÖLKL, geb. 1976. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik an der Universität Stuttgart. Seit 2001 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Politische Systeme und Politische Soziologie an der Universität Stuttgart.

Forschungsschwerpunkte: Politische Systeme westlicher Demokratien, Wahl- und Einstellungsforschung.

Publikationen: Gabriel, Oscar W./Isabell Thaidigsmann/Kerstin Völkl (2002): *Alles bleibt so wie es war! Erklärungsfaktoren für die Wählerentscheidung bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2001*, in: Josef Schmid/Honza Griese (Hg.): *Wahlkampf in Baden-Württemberg*, Opladen, 153 ff.

Adresse: Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft I, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart

Email: kerstin.voelkl@po.pol.uni-stuttgart.de

ANHANG

Variablen der Faktorenanalyse:

- I am going to name a number of organizations. For each one, could you tell me how much confidence you have in them: is it a great deal of confidence (1), quite a lot of confidence (2), not very much confidence (3) or none at all (4)?
v137: The legal system
v141: The police
v142: The government in [WASHINGTON/YOUR CAPITAL]
v143: Political parties
v144: Parliament
v145: The Civil service
- v152: Where on this scale [from 1 to 10] would you put the political system as it is today?
- v153: Where on this scale [from 1 to 10] would you put the political system as you expect it will be ten years from now?
- I'm going to describe various types of political systems and ask what you think about each as a way of governing this country. For each one, would you say it is a very good (1), fairly good (2), fairly bad (3) or very bad way of governing this country (4)?
v154: Having a strong leader who does not have to bother with parliament and elections
v155: Having experts, not government, make decisions according to what they think is best for the country
v156: Having the army rule
v157: Having a democratic political system
- I'm going read off some things that people sometimes say about a democratic political system. Could you please tell me if you agree strongly (1), agree (2), disagree (3) or disagree strongly (4), after I read each one of them?
v160: In democracy, the economic system runs badly
v161: Democracies are indecisive and have too much squabbling
v162: Democracies aren't good at maintaining order
v163: Democracy may have problems but it's better than any other form of government
- v165: How satisfied are you with the way the people now in national office are handling the country's affairs? Would you say you are very satisfied (1), satisfied (2), fairly dissatisfied (3) or very dissatisfied (4)?
- v166: Generally speaking, would you say that this country is run by a few big interests looking out for themselves (1), or that it is run for the benefit of all the people (2)?
- v205: How proud are you to be ...? Very proud (1), Quite proud (2), Not very proud (3), Not at all proud (4)
- v110: Of course, we all hope that there will not be another war, but if it were to come to that, would you be willing to fight for your country? Yes (1), No (2)

Indexbildung für Institutionenvertrauen: jeweils auf einen Wertebereich von -1 bis +1 recodiert

- *Institutionen generell*: Vertrauen in Justiz (v137), Polizei (v141), Regierung (v142), Politische Parteien (v143), Parlament (v144)
- *Parteienstaatliche Institutionen*: Vertrauen in Regierung (v142), Politische Parteien (v143), Parlament (v144)
- *Rechtsstaatliche Institutionen*: Vertrauen in Justiz (v137), Polizei (v141)

Aspekte politischer Unterstützung: jeweils auf einen Wertebereich von -1 bis +1 recodiert

- *Politiker*: Index aus v165 und v166
- *Systempräferenz* bzw. Akzeptanz eines demokratischen Regimes: Index aus v157 und v163
- *Regimeperformanz* bzw. Effizienz der Demokratie: Index aus v160, v161 und v162
- *Ablehnung ordnungspolitischer Alternativen*: Index aus v154, v155 und v156
- *Demokratiezufriedenheit* bzw. aktuelle Systembewertung: v152

Sozialkapital und Institutionenvertrauen

- Generally speaking, would you say that most people can be trusted (1) or that you can't be too careful in dealing with people (0)?
Soziales Vertrauen: v27
- Here is a list of qualities that children can be encouraged to learn at home. Which, if any, do you consider to be especially important? Please choose up to five. Mention (1), Not mention (0)
v17: Feeling of responsibility
v19: Tolerance and respect for other people
Soziale Werte: Index aus v17 und v19; Häufigkeitsauszählung der Nennung ‚wichtig‘; Wertebereich von 0 bis 2
- Please tell me for each of the following statements whether you think it can always be justified (10), never be justified (1), or something in between, using this chart.
v192: Claiming government benefits to which you are not entitled
v193: Avoiding a fare on public transport
v194: Cheating on taxes if you have a chance
v195: Buying something you knew was stolen
v196: Someone accepting a bribe in the course of their duties
Soziale Normen: Index aus v192 v193 v194 v195 und v196; Häufigkeitsauszählung der Nennung ‚ist niemals gerechtfertigt‘; Wertebereich von 0 bis 5